

Klare Regeln für Sterbehilfe nötig

bub. FRANKFURT, 14. Mai. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Schweiz wegen ihrer Gesetze zur Sterbehilfe verurteilt. Die rechtlichen Regelungen zur Sterbehilfe seien unzureichend, denn sie enthielten keine ausreichenden Kriterien dafür, wann der Erwerb tödlicher Medikamente auf Rezept gestattet sei, hieß es in dem Urteil des Straßburger Gerichtshofs vom Dienstag. Die dadurch entstehende Rechtsunsicherheit verstoße gegen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Eine 82 Jahre alte Frau aus dem Kanton Zürich hatte Klage vor dem Menschenrechtsgerichtshof erhoben. Sie war nicht todkrank, wegen ihrer schwindenden körperlichen und geistigen Kräfte wollte sie ihrem Leben aber bereits seit einigen Jahren ein Ende bereiten. Die Behörden hatten ihr nicht erlaubt, sich ein tödliches Medikament zu beschaffen. Dagegen klagte sie erfolglos vor Schweizer Gerichten bis zum Verfassungsgericht. Die Sterbehilfeorganisation „Exit“ hatte ihren Sterbewunsch abgelehnt, da sie nicht unheilbar krank sei. Auch Ärzte wollten ihr kein Rezept für ein tödliches Medikament ausstellen.

Die Straßburger Richter prüften nicht, ob die Schweizer Behörden der Klägerin hätten erlauben müssen, sich das Medikament zu beschaffen. Sie entschieden aber, dass die Unklarheit der gesetzlichen Bestimmungen der Klägerin „vermutlich beträchtliche seelische Not verursacht“ habe. Diese Unsicherheit bestehe auch für Ärzte. „Unklare rechtliche Bestimmungen haben vermutlich eine abschreckende Wirkung auf Mediziner, die in einem solchen Fall ein entsprechendes Rezept ausstellen würden“, hieß es in dem Urteil. Der Gerichtshof entschied mit der knappen Mehrheit von vier Stimmen. Drei Richter sahen in der Gesetzeslage der Schweiz keinen Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention (Aktenzeichen 67810/10). Aktive Sterbehilfe ist in der Schweiz – wie auch in Deutschland und den meisten europäischen Ländern – verboten. Allerdings dürfen Organisationen unheilbar Kranken tödliche Medikamente beschaffen, die diese dann selbst einnehmen. (*Kommentar Seite 8.*)



Hier Bengalos, dort Tränengas: Am Montagabend in Paris

Foto Reuters

Rücktrittsforderungen an Innenminister Valls

„Vollständige Verantwortung“ / Nach Krawallen zur Meisterfeier von Paris Saint-Germain

PARIS, 14. Mai (AFP/dpa). Nach den gewaltsamen Ausschreitungen auf der Meisterfeier des Fußballclubs Paris Saint-Germain haben Oppositionspolitiker den Rücktritt von Innenminister Manuel Valls gefordert. Der konservative Abgeordnete Claude Goasguen äußerte am Montagabend, Valls trage die „vollständige“ Verantwortung und müsse die Konsequenzen aus der Randalie in der Pariser Innenstadt ziehen. Auch weitere Politiker der konservativen UMP erhoben schwere Vorwürfe gegen den Sozialisten. Der ehemalige Regierungschef François Fillon schrieb am Dienstag über den Kurzmitteilungsdienst Twitter, er habe Präsident François Hollande aufgerufen, „umge-

hend die für dieses Fiasko Verantwortlichen zu bestrafen“.

Bei der Meisterfeier von Paris Saint Germain hatten Hunderte Menschen am Montagabend auf dem Pariser Trocadéro-Platz nahe dem Eiffelturm und auf dem Prachtboulevard Champs-Élysées randaliert. Sie schleuderten Wurfgeschosse auf die Sicherheitskräfte, beschädigten Autos und schlugen Schaufenster von Geschäften ein. Die Polizei setzte Tränengas ein, die Feier musste vorzeitig abgebrochen werden. Nach Angaben von Valls wurden 32 Menschen verletzt, unter ihnen auch Sicherheitskräfte. Die Polizei, die mit 800 Einsatzkräften vor Ort war, nahm 39 Menschen fest. Die „PSG“-Stars, die im Mann-

schaftsbus zum Trocadéro gekommen waren, sollten vor der Kulisse des Eiffelturms gefeiert werden. Sie verließen aber die chaotische Szenerie schon nach wenigen Minuten. Eine ursprünglich geplante Bootsfahrt auf der Seine wurde ebenfalls abgesagt.

Valls verurteilte die Randalie am Dienstag im Sender Europe 1 „auf das schärfste“. Die Gewalt könne nicht toleriert werden. Er machte für die Ausschreitungen gewaltbereite Ultras verantwortlich. Eine für Dienstagabend geplante Feier auf dem Vorplatz des Pariser Rathauses wurde unterbunden. Paris Saint-Germain hat diese Saison erstmals seit 19 Jahren wieder die französische Meisterschaft gewonnen.

Gauck sagt Brasilien Hilfe bei Aufarbeitung zu

Rousseff bittet um Zugang zu deutschen Archiven

mos. SÃO PAULO, 14. Mai. Bundespräsident Joachim Gauck will Brasilien bei der Aufarbeitung von Verbrechen während der Militärdiktatur in dem südamerikanischen Land helfen. Brasiliens Staatschefin Dilma Rousseff, die als Kämpferin gegen die von 1964 bis 1985 herrschende Diktatur selbst von den Militärs inhaftiert und gefoltert worden war, bat Gauck bei einem Treffen in São Paulo um entsprechende Hilfe. „Ich habe ihn um Zugang zu möglicherweise in Deutschland bestehenden Archiven gebeten, die für die Arbeit der Nationalen Wahrheitskommission nützlich sein können“, sagte Rousseff nach dem Treffen mit Gauck. Die Nationale Wahrheitskommission war im vergangenen Jahr gebildet worden. Sie soll die Verbrechen während der Diktatur aufarbeiten. Eine vor Jahrzehnten beschlossene Amnestie für die Vergehen bleibt aber bestehen. Als ehemaliger Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde sagte Gauck seine Hilfe bei der Aufklärung zu. Schon bei der ersten Station seiner Südamerika-Reise in dem seit Jahrzehnten vom Guerrillakrieg zerrütteten Kolumbien hatte Gauck zu „Versöhnung durch Wahrheit“ aufgerufen.

In einer Rede vor Wirtschaftsvertretern in São Paulo lobte der Bundespräsident den Mut, den Brasilien bei der Demokratisierung des Landes und bei wirtschaftlichen Reformen gezeigt habe.

Von diesem Mut wolle er „gerne eine Prise mit nach Hause nehmen“. Zusammen mit Rousseff eröffnete Gauck die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage in São Paulo sowie ein „Deutschland-Jahr“ in Brasilien. Unter dem Motto „Wo Ideen sich verbinden“ soll die von der Bundesregierung sowie privaten Unternehmen und Institutionen getragene Initiative „Deutschland + Brasilien 2013–2014“ über ein Jahr hinweg mit bis zu 400 Projekten aus den Berei-

Geschäfte mit einer Macht von morgen, **Wirtschaft**, Seite 11

chen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Bildung die Partnerschaft zwischen beiden Ländern vertiefen und ausbauen. Den Auftakt machte am Montag ein Konzert des Young Euro Classic Orchesters im Teatro Municipal von São Paulo. Die Formation, der 35 junge Musiker aus Brasilien und Deutschland angehören, spielte Werke von Carl Maria von Weber, Heitor Villa-Lobos, Mozart und Brahms. Am Dienstag sollte Gauck ein Automobilwerk des Volkswagen-Konzerns in São Paulo besichtigen. Bei der letzten Station seiner Südamerikareise will Gauck an diesem Mittwoch in Rio de Janeiro unter anderem ein Kulturprojekt in einem Elendsviertel besuchen.

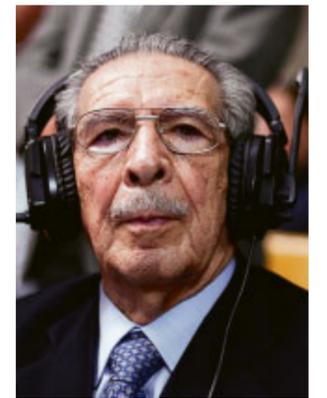
Ríos Montt in Klinik

Früherer guatemaltekischer Diktator kollabiert nach Urteil

oe. BUENOS AIRES, 14. Mai. Der frühere guatemaltekische Diktator Efraín Ríos Montt ist in ein Krankenhaus eingeliefert worden, nachdem er einen Schwächeanfall erlitten hatte. Er war zuvor von einem Gericht in Guatemala-Stadt zu 80 Jahren Gefängnis wegen Völkermords und Kriegsverbrechen verurteilt worden. Ríos Montt war während der Verhandlung zusammengebrochen, bei der bekanntgegeben werden sollte, wie die Opfer entschädigt werden sollen. Sein Gesundheitszustand sei stabil. Er habe eine „Bluthochdruckkrise“ erlitten, hieß es, und müsse bis zu einer Woche untersucht und behandelt werden.

Der 86 Jahre alte frühere General, der mit einem Putsch an die Macht kam und Guatemala von März 1982 bis August 1983 regierte, erhielt die Gefängnisstrafe wegen des an der Ixil-Indiogemeinschaft begangenen Völkermords. Seine Anwälte haben angekündigt, dass sie das Urteil anfechten wollen. Die Ixil sind eine von 22 Ethnien der Volksgruppe der Mayas. Sie wurden verdächtigt, die marxistische Guerrilla zu unterstützen. Ríos Montt habe Kenntnis von dem Massaker gehabt, das die Streitkräfte an den Ureinwohnern begangen haben. Obwohl er die Möglichkeit gehabt habe, dem Morden, den Folterungen, der Herabsetzung der Würde, den Vergewaltigungen und den Vertreibungen Einhalt zu gebieten, habe er nichts unternommen, befand das Gericht. Damals wurden 400 Dörfer vollkommen zerstört, 1771 Einwohner wurden umgebracht. Damit seien 5,5 Prozent der zu der Indiogruppe zählenden Einwohner ausgelöscht worden, stellte das Gericht fest. Dabei sei Rassismus einer der Beweggründe gewesen, es sei sogar die Geburt von Kindern in dieser Ethnie verhindert worden. Schwangeren seien die Bäuche aufgeschnitten worden.

Das Gericht hatte nach der Verkündung des Urteils den Hausarrest Ríos Montts aufgehoben und seine sofortige Überstellung in eine Militärkaserne verfügt, die als Untersuchungsgefängnis dient. Den Spruch des Gerichts nahm Ríos Montt äußerlich gelassen hin. Er bezeichnete ihn als „internationale politi-



„Show“: Efraín Ríos Montt Foto AP

Die katholische Kirche im Nachbarland El Salvador, das in ähnlicher Weise vom Staatsterror heimgesucht worden war, lobte den Richterspruch. Guatemala habe beispielhaft gezeigt, wie der „Weg der Wahrheit und Gerechtigkeit“ beschritten werden könne, sagte der Weihbischof von San Salvador, Gregorio Rosa Chávez. In Mittelamerika bestehe die Tendenz, den Opfern ihre Rechte vorzuenthalten, zu vergessen und die Erinnerung zu verlieren. In El Salvador sind die während des dortigen Bürgerkriegs von 1980 bis 1992 begangenen Verbrechen zum großen Teil ungesühnt.

Griechen streiken gegen Streikverbot

ATHEN, 14. Mai (Reuters). Staatsbedienstete in Griechenland haben mit Arbeitsniederlegungen gegen das von der Regierung erlassene Streikverbot für Lehrer an weiterführenden Schulen protestiert. Krankenhäuser mussten am Dienstag mit einer Notbesetzung arbeiten, viele Schulen blieben geschlossen. Hintergrund für den Protest ist die Drohung von Ministerpräsident Antonis Samaras, Lehrer bei Streiks in Gewahrsam zu nehmen oder zu entlassen. „Das ist unsere Antwort auf die autoritäre Politik der Regierung gegen Lehrer an weiterführenden Schulen“, teilte die Gewerkschaft Adedy mit. Am Donnerstag ist ein weiterer vierstündiger Streik geplant, dem sich die größte Gewerkschaft im Privatsektor GSEE anschließen will. Samaras' Koalition plant, die Wochenarbeitszeit der Lehrer um zwei Stunden zu erhöhen, um sie dem europäischen Durchschnitt anzupassen. Zudem sollen 4000 Lehrer in abgelegene Regionen versetzt werden. Die Lehrer-Gewerkschaft OLME befürchtet, dass die Regierung im Rahmen der Maßnahmen rund 10 000 Teilzeitlehrer entlassen könnte, und hatte deshalb für Freitag einen 24-Stunden-Streik angesetzt. Die Regierung griff daraufhin auf eine Notstandsermächtigung zurück, um die Arbeitsniederlegungen der Lehrer zu verhindern.

Minerarbeiter von Marikana streiken

tos. FRANKFURT, 14. Mai. Nach der Ermordung eines Gewerkschaftsführers in der südafrikanischen Provinz North West am vergangenen Wochenende droht in der Bergbaubranche offenbar ein neuer Arbeitskampf. Am Dienstag legten die Arbeiter der Platinmine von Marikana aus Protest gegen die Ermordung des Mannes die Arbeit nieder. In Marikana waren im vergangenen Jahr mehr als 40 Menschen bei einem der blutigsten Arbeitskämpfe in der Geschichte Südafrikas getötet worden. Der ermordete Mawethu Steven galt als eine der Schlüsselfiguren der wilden Streiks von Marikana. Für die Gewerkschaft Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) hatte er die Arbeitsniederlegungen organisiert. Die Amcu ist eine relativ neue Gewerkschaft, die sich einen erbitterten Machtkampf mit der etablierten National Union of Mineworkers (NUM) liefert. Die Hintergründe des Mordes an Mawethu Steven sind allerdings unklar. Steven war am vergangenen Samstag in einer Bar nahe Rustenburg erschossen worden. Die Mörder hatten zudem nach zwei weiteren bekannten Gewerkschaftern gefragt. Die AMCU-Gewerkschaft rief am Dienstag ihre Mitglieder auf, die Ruhe zu bewahren und von Gewalttaten abzusehen.

Im Gespräch: Fabian Picardo, Chief Minister des britischen Überseegebiets Gibraltar

„Wir sind das Silicon Valley des Online-Glücksspiels“

Chief Minister, Gibraltar, Europas letzte Kolonie, ist jetzt 300 Jahre alt und noch immer unter britischer Herrschaft, so wie im Vertrag von Utrecht 1713 festgelegt. Was gibt es da zu feiern?

Gibraltar ist schon seit 308 Jahren britisch. Es wurde nämlich zuerst erobert. Als in Utrecht dann ein Frieden für ganz Europa ausgehandelt wurde, kam für Gibraltar noch ein Rechtstitel dazu. Der Vertrag selbst ist jedoch kein Grund zum Feiern, weil er unter anderem auf höchst diskriminierende Weise abgefasst wurde. Er erlaubte zum Beispiel weder Juden noch Mauren, dort zu siedeln. Deshalb ist dies ein Jahr der Erinnerung an einen historischen Augenblick, aber kein Anlass, um Feuerwerke abzubrennen.

Als Sie im Dezember 2011 Ihr Amt als Regierungschef antraten, sagten Sie bei Ihrem ersten Auftritt vor dem Entkolonialisierungsausschuss der Vereinten Nationen: „Gibraltar wird niemals spanisch werden.“ Glauben Sie das wirklich?

Ich bin davon fest überzeugt. Denn in dem heutigen Europa geht es um die Menschen, weniger die Staaten. Die Menschen wollen in Frieden leben und einen gemeinsamen Markt haben. In diesem Kontext wollen die Deutschen Deutsche, die Spanier Spanier und die Bewohner Gibralters eben britisch sein. Der Wille der Menschen zählt. Und ich würde von einer reifen Demokratie wie der spanischen erwarten, dass sie das respektiert.

Sie möchten auch, dass Gibraltar von der UN-Liste der Kolonien gestrichen wird. Sie haben das sogar zu einem Hauptziel Ihrer Politik erklärt. Was soll diesen Status ersetzen – die Unabhängigkeit?

Gewiss nicht, obwohl wir nach dem Selbstbestimmungsrecht streben. Wir bemühen uns um eine maßgeschneiderte Lösung, die am besten zu dem betroffenen Territorium passt. Das bedeutet in unserem Fall, dass wir einen Status unter der britischen Krone haben, der uns maximale Selbstregierung gestattet, knapp unterhalb der Unabhängigkeit. Spanien findet im Übrigen auch, dass wir von der Liste genommen, dann aber in das Königreich Spanien eingegliedert werden sollten.

Der konservative spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy gewann seine Wahl nur eine Woche bevor Sie als Sozialist in Gibraltar siegten. Macht er Ihnen seitdem das Leben schwer?

Ich führe ein glückliches Leben, und das gilt auch für das Volk von Gibraltar. Unsere Wirtschaft boomt wie kaum eine andere in der Europäischen Union. So sind wir in der Lage, jedem unserer Studenten einen Platz an einer Hochschule im Vereinigten Königreich zu finanzieren. Ich verstehe aber, dass die Haltung

der jetzigen spanischen Regierung nicht so entgegenkommend ist wie die der vorherigen sozialistischen.

Ist sie auch weniger freundlich?

Ja, so ist es. Und ich muss sagen, dass wir jetzt nicht einmal einen unfreundlichen Kontakt haben. Wir haben gar keinen. Ich möchte der spanischen Regierung daher dringend nahelegen, die von ihr abgebrochenen Dreiergespräche unter Einschluss Großbritanniens wieder aufzunehmen.

In jüngster Zeit kam es immer wieder zu Reibereien wegen Fischereirechten, der Umwelt, eines Flughafens und manchmal sogar zu bedrohlichen Begegnungen zwischen Schiffen beider Seiten. Herrscht wirklich nur Funkstille?



Fabian Picardo

Foto Laif

Es gibt keinerlei Dialog, weil sich die spanische Regierung aus dem trilateralen Forum zurückgezogen hat. Aber trotz der Funkstille muss ich auch sagen, dass unsere Polizei und die Guardia Civil jeden Tag in der Straße von Gibraltar gemeinsame Operationen gegen Rauschgift- und Menschenhandel durchführen. Wir haben rege Wirtschaftsbeziehungen und etwa 10 000 Arbeitsplätze für Spanier geschaffen. Und interessanterweise verlieben sich jedes Jahr Hunderte Menschen von beiden Seiten der Grenze ineinander und gründen Familien.

Gibraltar hat ein Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 1,5 Milliarden Euro. Das ist nicht schlecht für zwei Quadratkilometer um einen Felsen. Was macht Sie so wohlhabend?

Der Hafen als Umschlagplatz, der Tourismus mit sieben Millionen Besuchern und rund 200 Kreuzfahrtschiffen pro Jahr. An manchen Tagen gibt es mehr Touristen als Einwohner. Dann sind das unsere Finanzdienstleistungen, scharf reguliert und in völligem Einklang mit den EU-Normen. Außerdem haben wir ein wachsendes Internet-Glücksspiel-Geschäft. Die größten Firmen weltweit sind hier ansässig, und zwar nicht, weil die Regeln lax sind, wie oft anderswo. Im Gegenteil. Wir bieten dafür strikte Kontrolle und Sicherheit. Gibraltar ist schon das Silicon Valley des Online-Glücksspiels. Ich hoffe, dass es bald auch das Silicon Valley für Finanztransaktionen in Europa sein wird.

Stimmt es, dass es in Gibraltar mehr registrierte Firmen als Einwohner gibt? Sind viele davon nur Briefkästen?

Das ist so nicht korrekt. Wir haben 18 000 Firmen bei 32 000 Einwohnern. Davon sind die meisten aktive Unternehmen, nur etwa 4000 Anlagegesellschaften. Wir haben nicht mehr Briefkastenfirmen als jedes andere entwickelte Land der Welt.

Gibralters Körperschaftsteuer beträgt zehn Prozent, in Spanien sind es dreifig Prozent. Deshalb klagt der spanische Finanzminister, dass dieser Unterschied spanische Unternehmen wie Fliegen anziehe. Diese verdienen ihr Geld in Spanien und zahlen Steuern in Gibraltar. Ist das so?

Nein. Der Finanzminister sagt auch, dass Firmen in Gibraltar Steuern hinterziehen und er das unterbinden möchte. Ich sage, dass ich das auch will. Wir tun das schon sehr erfolgreich mit Ländern, mit denen wir Vereinbarungen über Steuerinformationsaustausch haben. Wir geben solche Informationen im Rahmen bilateraler Abkommen. Wenn Spanien glaubt, dass es unter seinen Unternehmen solche gibt, warum fragt die Regierung uns dann nicht? Wir wollen hier keinen hinterzogenen Cent spanischer Steuergerdel.

Noch eine Frage zum Geld. Vor ein paar Jahren eröffnete Lisbeth Salander aus Stieg Larssons „Millennium“-Trilogie in Gibraltar ein Konto, um dort gleich mehrere hundert Millionen zu verstecken. Unmöglich?

Unmöglich damals, unmöglich heute. Aber es war ein sehr spannendes Buch.

Was tat und tut die Regierung von Gibraltar, um das alte Image eines Steuerparadieses loszuwerden?

Die Welt des on-shore und off-shore hat sich schlicht geändert. Wir fordern seit den neunziger Jahren, dass Steuerhinterziehung überall nach den gleichen Regeln bekämpft werden soll, so wie wir das hier tun. Als die OECD über die spanische Rhetorik hinausging und hier tatsächlich Inspektionen machte, kamen wir auf die wei-

ße Liste. Gibraltar ist bei Finanzdienstleistungen auf jeder weißen Liste der Welt. Wir sind kein Steuerparadies.

Wie ist Gibralters Verhältnis zu seinem anderen Nachbarn Marokko?

Ausgezeichnet. Das ist für mich eine weitere Priorität. Marokko ist ein außerordentlich wichtiger strategischer Partner. Die Straße von Gibraltar misst an ihrer breitesten Stelle nur 14 Kilometer und hat traditionell den Zugang zum Mittelmeer kontrolliert.

Wie viele Marokkaner arbeiten in Gibraltar?

Die Zahlen sind erheblich zurückgegangen. Als General Franco im Jahr 1969 die Grenze zu Gibraltar schloss, kamen viele Marokkaner, um hier vor allem im Hafen zu arbeiten. Auf dem Höhepunkt waren es 5000. Viele gingen aber zurück und in Rente. Zurzeit haben wir etwa tausend.

Die Uefa will noch in diesem Monat entscheiden, ob sie Gibraltar als Vollmitglied aufnimmt. Spielen Sie bald gegen Barcelona und Real Madrid in der Champions League?

Ich bin ein großer Fußballfan und hoffe, dass unsere Mannschaft bald bei ihren europäischen Partnern mitspielen kann. Aber das ist ein Sportthema, in das sich die Regierung nicht einmischte. Ich sage Ihnen aber eines: Als alter Liverpool-Fan habe ich zu lange gelitten und setze daher nun wirklich auf Gibraltar in der Champions League.

John Le Carrés neuer Thriller „A Delicate Truth“ (Eine heikle Wahrheit) spielt in Gibraltar und hat einfach alles: Waffenhändler, Terroristen, Verschwörer auf Luxusyachten, organisiertes Verbrechen. Existiert das alles nur in der Phantasie eines Romanschriftstellers?

Vielen Dank, John. Es muss erfunden sein, denn wir lassen solche Dinge wie Waffenhändler hier nicht zu.

Zu guter Letzt: Gibt es zu viele Affen auf dem Felsen?

Es sind zu viele. Winston Churchill sagte zwar, dass, solange die Affen da seien, Gibraltar britisch sein werde. Und manche argumentieren daher, dass es gar nicht genug Affen geben könne. Aber wir haben jetzt mehr als 200. Sie bilden Rudel und kommen schon regelmäßig in die Stadt herunter, um hier nach Futter zu stöbern. Das stört die Leute, und so muss man etwas unternehmen. Meine Vorgängerregierung wollte sie keulen. Da war ich schon als Oppositionsführer strikt dagegen. Ich kündige Ihnen heute meinen neuen Affen-Management-Plan an: den Export nach Nordafrika, wo sie argegerecht untergebracht werden. Auf diese Weise können wir ihre Zahl kontrollieren und brauchen keinen einzigen umzubringen.

Die Fragen stellte Leo Wieland.